

Berufsbildung *im Fokus*



BLVN stellt sich im MK vor

**Berufsschullehrer/-in:
Beruf mit Zukunft**

**Neue Laufbahnverordnung
für Quereinsteiger**

Vorwort	3
Aus der Bildungspolitik	
BLVN stellt sich im MK vor	4
Berufsschullehrer/in: Beruf mit Zukunft	4
Neue Laufbahnverordnung für Quereinsteiger	5
Aus dem Landesvorstand	
Übergangsvorstandsmitglieder verabschiedet	6
Schwerpunktt Themen der Landesverbandsarbeit	6
Aus den Ortsverbänden	
Vorstellung; Neues Mitglied im SBPR Osnabrück	7
VLAEH Osnabrück bei Artland Brauerei	7
Informationen für Frauen	
Neue Perspektiven für Chancengleichheit	8
Frauen in Führungspositionen?	8
Informationen für Ruheständler	
Ein Drittel der Mitglieder im BLVN Pensionäre	9
Pensionärsbetreuung im VLAEH 1966 bis 2010	9
Treffen der Pensionärinnen und Pensionäre	11
Stellenbörse	
Konfliktberaterin	12
Kommentar	
Duale Berufsausbildung bleibt modern	12
Wir informieren	
Neuer Gartenführer	13
Persönliches	
Wir gratulieren	14
Wir gedenken	15

Eine besinnliche Adventszeit und ein frohes Weihnachts- fest wünschen allen Mit- gliedern und Freunden des BLVN das Redaktionsteam und der Landesvorstand

Immer ein Lichtlein mehr Matthias Claudius (1740-1815)

Immer ein Lichtlein mehr
im Kranz, den wir gewunden,
dass er leuchte uns so sehr
durch die dunklen Stunden.

Zwei und drei und dann vier!
Rund um den Kranz welch ein Schimmer,
und so leuchten auch wir,
und so leuchtet das Zimmer.

Und so leuchtet die Welt
langsam der Weihnacht entgegen.
Und der in Händen sie hält,
weiß um den Segen!



Impressum

Schriftleitung: Ingrid Rüber, Kantstr. 4, 38112 Braunschweig;
ingrid.rueber@t-online.de

Redaktionsteam: Gabriele Matzke-Ludwig, Anne Steinfeld-Müller,
Ingrid Rüber, Jürgen Korte, Gerd Over

Autorinnen/Autoren dieses Heftes: Heinz Ameskamp, Jürgen Korte,
Gabriele Matzke-Ludwig, Berta Mensen-Weering, Gerd Over, Marion
Weilke-Gause, Friedrich Susewind, Gerhard Spaltner, Edeltraut von Hörsten

Herausgeber: Heinz Ameskamp, Vorsitzender des BLVN

Geschäftsstelle: Kurt-Schumacher-Str. 29, 30159 Hannover,
Telefon (0511) 32 40 73, info@blbs-nds.de

Verlag: dbb-Verlag GmbH, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin,
www.dbbverlag.de

Anzeigen: Gabriele Matzke-Ludwig, 31199 Diekholzen

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg
42-50, 47608 Geldern

ISSN-Nummer: 2190-7064

Redaktionsschluss: 28. Februar 2011

ProReKo Transfer in der Schlussphase

Rechtssicherheit für die berufsbildenden Schulen dringend erforderlich

Liebe Leser,

mit Beginn des neuen Jahres wird es in Niedersachsen ein neues Schulgesetz geben, in dem die Übertragung der Transfervorschläge des Modellversuchs Projekt Regionale Kompetenzzentren (ProReKo) für alle berufsbildenden Schulen geordnet wird. Ziel ist es, wie es im Projektauftrag heißt, „die Qualität der schulischen Arbeit messbar an der Effektivität des Lernerfolges zu verbessern“. So sollen die über 130 berufsbildenden Schulen im Sinne des „Modellversuchs ProReKo“ zu Regionalen Kompetenzzentren (ReKo) für die berufliche Bildung weiterentwickelt werden.

Was soll sich ändern, was wird neu? Diese ReKo, wie sie genannt werden, erhalten vor allem eine größere Eigenständigkeit in ihren Entscheidungen: So soll zukünftig das gesamte Personalmanagement einschließlich der Stellenbewirtschaftung in der Schule eigenverantwortlich verwaltet werden, die Steuerung der ReKo über Zielvereinbarungen erfolgen, der Schulvorstand eine andere Zusammensetzung mit Arbeitgebern und Arbeitnehmervertretern bekommen und, so zumindest die Absicht, die Schulträgermittel (ohne Gebäude) und Landesmittel in einem gemeinsamen Budget zusammengefasst werden. Auch die Beteiligungen der berufsbildenden Schulen an Maßnahmen Dritter zur beruflichen Fortbildung und beruflichen Umschulung soll ermöglicht werden.

Damit wird die Schule mit ihrem Bildungsauftrag nicht zu einem Wirtschaftsbetrieb, sondern sie erhält die Möglichkeit, flexibler und schneller auf veränderte Anforderungen in der Wirtschaft, insbesondere in der Region, zu reagieren. Neben der Berufsausbildung bekommt auch die Weiterbildung einen völlig neuen Stellenwert. Der Einsatz neuer Technologien, die immer stärker werdende weltwirtschaftliche Verflechtung und die zunehmende Notwendigkeit, soziales, ökonomisches und ökologisches Handeln in Einklang zu bringen, erfordern neben einer umfassenden beruflichen Handlungsfähigkeit auch die Bereitschaft aller zum lebenslangen Lernen.

Um den oben genannten Bildungsauftrag und die neuen administrativen und personellen Aufgaben mit hoher Qualitäts- und Prozesssicherheit wahrnehmen zu können wird aber auch eine höhere Professionalisierung der Verwaltung und eine Stärkung der Leitungsfunktionen an den Schulen notwendig. Dazu ist eine entsprechende Ressourcenausstattung absolut notwendig. Wer hier spart, spart an der falschen Stelle. Darüber hinaus muss sichergestellt werden, dass die bisherige Praxis nicht wieder um sich greift, eine Vielzahl neuer Aufgaben von den Lehrkräften quasi nebenher erledigen zu lassen. Darunter leidet vor allem die Unterrichtsqualität, das Kerngeschäft in der Schule. In den Stellungnahmen der Wirtschaftsvertretungen zum Schulgesetz war diesbezüglich zu lesen, dass für jede Schule eine Verwaltungsleitung, die in einem unmittelbaren Beschäftigungsverhältnis zum Land steht, sowie eine stellenmäßig abgesicherte professionelle Netzwerkbetreuung absolut notwendig sind.

Der Berufsschullehrerverband Niedersachsen (BLVN) hat in den letzten Monaten intensiv darauf hingewiesen, dass die Um-

setzungen der Transfervorschläge von ProReKo stets als Gesamtpaket angesehen werden müssen. Dabei haben wir immer wieder auf die gemeinsamen Positionspapiere des BLVN und des Verbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLWN) vom Juni 2006 und März 2009 aufmerksam gemacht.

Vom BLVN aus haben wir in den letzten Monaten daran gearbeitet, Rechtssicherheit im Blick auf die Einstellung eines Verwaltungsleiters und die Verwendung der bis zum 31. Dezember 2010 befristeten Mittel der Personalkostenbudgetierung (PKB) zu erhalten. Siehe hierzu auch unseren Artikel „Antrittsbesuch beim Minister“ in dieser Ausgabe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine erfolgreiche Umsetzung der Transferergebnisse aus dem ProReKo kann nur dann einen innovativen Schub für die berufliche Bildung bringen, wenn nicht die haushaltspolitischen Rahmenseetzungen die erste Geige spielen, sondern bildungspolitische Erkenntnisse und Notwendigkeiten im Vordergrund stehen. Es gilt, dafür zu sorgen, dass sämtliche Berufsschulen unter etwa gleichen Voraussetzungen arbeiten können, damit die hochgesteckten qualitativen Erwartungen auch landesweit erfüllt werden können. Im Blick auf die erforderliche Personaleinstellung zur Installation und Wartung der Computer an den Schulen sollten die derzeitigen Einstellungsdefizite zwischen dem Land Niedersachsen und den Schulträgern umgehend beseitigt werden. Zurzeit werden hier die unterschiedlichsten Einstellungsvarianten bzw. Lösungen in den Schulen angewendet. Nach dem Wegfall der PKB-Mittel zum 31. Dezember 2010 ist für viele Schulen die Weiterbeschäftigung bzw. Einstellung entsprechenden Fachpersonals jedoch noch ungeklärt. Die Problematik kann landesweit von den Schulen nicht allein gelöst werden, eine klare Rahmenvorgabe ist vom Land abzusichern.

Der BLVN fordert, dass mit der Schulgesetzänderung die notwendigen Voraussetzungen zur Umsetzung der Transfervorschläge geschaffen werden. Auch gilt es, dies in den ebenso erforderlichen nachgeordneten Verordnungen und Erlassen abzusichern. Alle Parteien im Landtag haben 2001 im Landtag dem Schulversuch zugestimmt. Wer jetzt die Übertragung der positiven Erkenntnisse auf alle berufsbildenden Schulen Niedersachsens an haushaltsrechtlichen Überlegungen bzw. Haushaltsmitteln scheitern lässt, verhindert in unserem Land die notwendige Weiterentwicklung der beruflichen Bildung.

*In diesem Sinne grüßt Sie
Ihr Landesvorsitzender
Heinz Ameskamp*



BLV Niedersachsen stellt sich im Kultusministerium vor

Der Berufsschullehrerverband Niedersachsen (BLV) hat als neuer Verband im August 2010 einen ersten Besuchstermin beim Kultusminister Dr. Bernd Althusmann wahrgenommen. An dem Gespräch nahm aus dem Kultusministerium auch Ministerialdirigent Gerhard Lange, Abteilungsleiter Berufliche Bildung, teil. Der BLV wurde von Anne Steinfeld-Müller, Heinz Ameskamp und Lutz Hempfing, unserem Schulhauptpersonalratsmitglied, vertreten.

Zentrale Gesprächsthemen waren die Umwandlung der berufsbildenden Schulen zu Regionalen Kompetenzzentren (ReKo), die sich dadurch verändernde Personalratsarbeit und die geplante neue Arbeitszeit der Schulleiterinnen und Schulleiter.

Die an den BBSen vorhandenen Verunsicherungen bezüglich der Einstellmöglichkeit von Verwaltungsleitern und Netzwerkadministratoren wurden seitens des Verbandes vorgetragen. Insbesondere auch die wegen der Einhaltung von Kündigungsfristen, zum 30. September 2010, dringend erforderliche Entscheidung bezüglich der zukünftigen Beschäftigungsmöglichkeiten von Verwaltungsleitern und Netzwerkadministratoren, nach dem Wegfall der PKB-Mittel, wurde angemahnt. Eine eingehende Prüfung der Beschäftigungsmöglichkeiten und eine schnellstmögliche Aussage dazu im ProReKo Newsletter Nr. 4 wurde von Kultusminister Althusmann zugesichert.

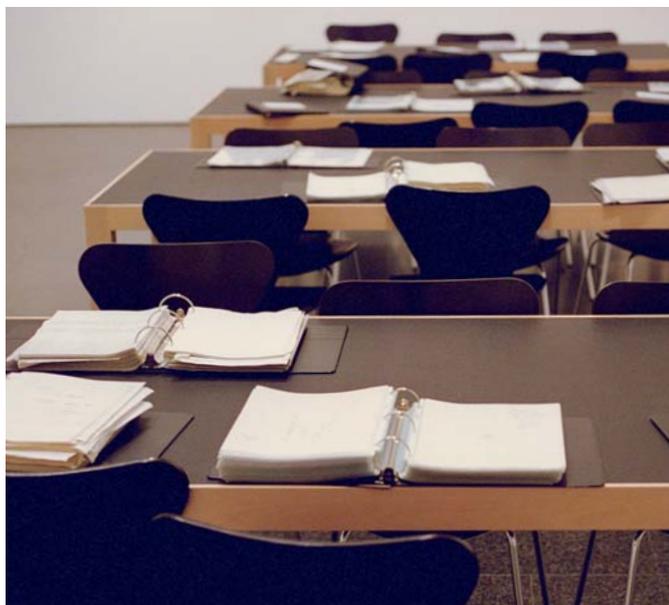
Der BLV hat in diesem Zusammenhang eindringlich darauf hingewiesen, dass, wenn es zu Kündigungen bzw. einem Auslaufen der befristeten Arbeitsverträge der bewährten guten Systemadministratoren kommen sollte, kein qualitativ hochwertiger Unterricht mehr angeboten werden könne, da an den meisten Schulen die Wartung und Instandsetzung der Computeranlagen nicht mehr durchgeführt werden kann. Wenn doch, dann allenfalls

durch teure Lehrerstunden, die auch noch Unterrichtsausfall zur Folge hätten.

Ebenso wurde darauf hingewiesen, dass eine Übertragung der im Modellversuch erprobten Transferbausteine nur in seiner Gesamtheit erfolgen kann und wegen der damit verbundenen neuen Aufgaben die Beschäftigung einer qualifizierten Verwaltungsleiterin bzw. eines Verwaltungsleiters in der Schule Gelingensvoraussetzung für die Umwandlung der BBS in ReKo ist. Insbesondere wurde auch die im ProReKo-Abschlussbericht festgestellte Mehrbelastung der Schulpersonalräte thematisiert und die dort beschriebene höhere Freistellung eingefordert.

Die geplante neue Arbeitszeitverordnung von Schulleiterinnen und Schulleitern darf nicht so gestaltet werden, dass die großen Schulsysteme wie die BBSen nicht daran teilhaben, da die meisten Schulleiterinnen und Schulleiter schon bis auf ihre Mindestunterrichtsverpflichtung freigestellt sind. Der BLV fordert, dass für die neue Arbeitszeitverordnung die Anzahl der Klassen oder das Sollstundenbudget der Schule als Bemessungsgrundlage dient. Die so gewonnenen Leitungsstunden können dann für die dringend notwendige Entlastung der Abteilungsleiter genutzt werden. Die Vorgabe, dass bei 56 Klassen keine zusätzlichen Entlastungsstunden für Koordinatoren mehr anfallen, muss geändert werden, da an den BB-Schulen mit vielen verschiedenen Bildungsgängen und Schulformen, den unterschiedlichsten Rahmenvorgaben und Zeugnissen sowie einer Verweildauer der Schülerinnen und Schüler von ein bis vier Jahren kaum weniger als 56 Klassen geführt werden. An den BBSen sind die meisten Abteilungen größer und heterogener als an vielen Schulen im allgemeinbildenden Bereich. Eine adäquate Anpassung ist dringend erforderlich.

Berufsschullehrer(in): Beruf mit Zukunft



Osnabrücker Hochschulen bieten gemeinsam Lehramtsstudiengänge in der beruflichen Bildung an. Mit den beiden Bachelor-Programmen „Berufliche Bildung“ für Elektrotechnik und Metalltechnik reagieren die Fachhochschule und die Universität Osnabrück auf den akuten Lehrkräftemangel an berufsbildenden Schulen.

Die Arbeit ist da: Rund 3.700 Lehrkräftestellen werden an den berufsbildenden Schulen bis 2015 frei. Was fehlt, sind Fachkräfte: Lediglich 2.300 Bewerberinnen und Bewerber werden bis dahin ausgebildet sein. Besonders hoch ist dabei der Bedarf an Berufsschullehrerinnen und -lehrern in den Fachrichtungen Elektrotechnik und Metalltechnik.

Als Reaktion auf diesen Fachkräftemangel bieten die FH Osnabrück und die Uni Osnabrück seit zwei Jahren in einer niedersachsenweit einmaligen Kooperation gemeinsam die grundständigen Bachelor-Programme „Berufliche Bildung“ für die Fächer Elektrotechnik und Metalltechnik an. Für das aufeinander

aufbauende Bachelor-Master-Studium zum Lehramt an berufsbildenden Schulen verbinden die Osnabrücker Hochschulen ihre Stärken in der klassischen Lehramtsausbildung und in den Ingenieurwissenschaften.

Studieninhalte der Bachelor-Programme sind die berufliche Fachrichtung – Elektrotechnik oder Maschinenbau – sowie die Berufs- und Wirtschaftspädagogik. Zusätzlich wählen die Studierenden entsprechend ihrem Interesse eines der zahlreichen allgemeinbildenden Unterrichtsfächer. Zur Auswahl stehen dabei Deutsch, Englisch, Evangelische Religion, Informatik, Katholische Religion, Mathematik, Physik oder Sport.

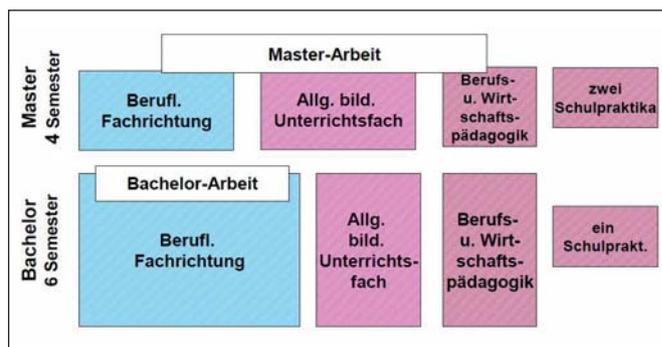
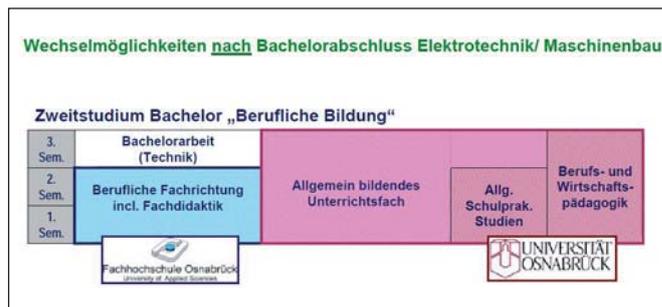
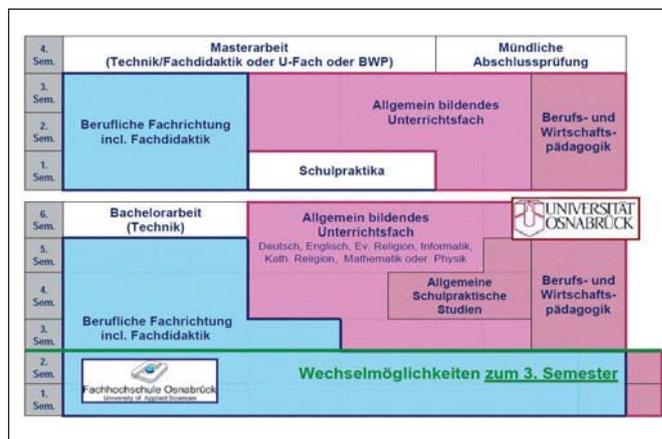
Die beiden grundständigen Bachelor-Studiengänge bieten einen ersten berufsqualifizierenden Abschluss nach sechs Semestern. Nach erfolgreichem Studium wird der akademische Titel Bachelor of Science (B. Sc.) verliehen. Möglich sind danach zum Beispiel eine Tätigkeit als Fachreferentin oder Fachreferent an berufsbildenden Schulen, in Unternehmen oder außerschulischen Bildungseinrichtungen. Oder man qualifiziert sich weiter in einem 4-semesterigen Master-Studium für das Lehramt an berufsbildenden Schulen.

Das Studium steht Abiturientinnen und Abiturienten sowie Interessenten mit fachgebundener Hochschulreife (zum Beispiel FOS-Abschluss Technik) offen. Meisterinnen und Meister oder Technikerinnen und Techniker können sich direkt um einen Studienplatz bewerben. Weitere beruflich Qualifizierte können unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen werden. Das Studium erfordert eine einschlägige berufspraktische Tätigkeit, mindestens zehn Wochen davon vor Vorlesungsbeginn. Eine einschlägige Berufsausbildung ist wünschenswert, aber keine Voraussetzung für den Start ins Studium.

Es sind Wechselmöglichkeiten für Studierende vorgesehen, die „spät entschlossen“ oder von der FH ins Lehramt wechseln wollen (siehe Grafiken).

Weitere Informationen unter www.ecs.fh-osnabrueck.de. Bei Fragen steht Ihnen Diplom-Kauffrau Tanja Ollermann von der Geschäftsstelle „Berufliche Bildung“ zur Verfügung; telefonisch unter 0541.969-3211 oder per E-Mail: t.ollermann@fh-osnabrueck.de.

Jürgen Korte



Neue Laufbahnverordnung öffnet Schulen für Quereinsteiger

(rb) Hannover. Das Kabinett hat eine neue Laufbahnverordnung für Lehrkräfte beschlossen; sie heißt jetzt „Verordnung zum Laufbahnrecht der Laufbahngruppe 2 der Fachrichtung Bildung“. Sie ist die Konsequenz aus dem seit einem Jahr geltenden Gesetz zur Modernisierung des niedersächsischen Beamtenrechts und führt die bislang nach Lehrämtern getrennten Laufbahnen zu einer zusammen. Maßgeblich ist künftig der Erwerb einer Lehrbefähigung; Unterschiede nach gehobenem und höherem Dienst gibt es nicht mehr. Die Lehrbefähigung soll vielmehr den Zugang für das erste Einstiegsamt der Laufbahn (Grund- und Hauptschulen, Realschulen und Sonderpädagogik), das in der Regel mit A12 besoldet wird, oder für das zweite Einstiegsamt der Laufbahn (Gymnasien, berufsbildende Schulen), das mit A13 besoldet wird, eröffnen. Entfallen ist die Notwendigkeit von Regelungen zum Aufstieg und zum Laufbahnwechsel. Neu ist die Möglichkeit, eine Lehrbefähigung

durch Studium und berufliche Tätigkeit zu erwerben. Nachdem das novellierte Beamtengesetz eine nach Art und Dauer qualifizierende berufliche Tätigkeit als gleichrangige Alternative zu einem mit einer Prüfung abgeschlossenen Vorbereitungsdienst vorsieht, soll dies mit der Verordnung auch auf den Lehrerbereich übertragen werden. Damit soll Quereinsteigern auch eine Verbeamtung eröffnet werden. Kultusminister Dr. Bernd Althusmann betonte nach der Kabinettsitzung, dass die grundständige Lehrerausbildung auch in Zukunft die Regel sein wird. Dennoch werde mit der Neuregelung eine Möglichkeit geschaffen, vor allem für Mangelfächer besonders qualifizierte Bewerber für den Schuldienst zu gewinnen. Voraussetzung ist ein mit einem Mastergrad abgeschlossenes Hochschulstudium, dessen Abschluss zwei Unterrichtsfächern zugeordnet werden kann, sowie eine vierjährige Tätigkeit in diesem Berufsfeld.

Übergangsvorstandsmitglieder des BLBS und VLAEH verabschiedet

Mit der Verschmelzung der beiden ehemals eigenständigen Berufsschullehrerverbände Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen (BLBS) und dem Verband der Lehrerinnen und Lehrer für Agrar, Ernährung und Humandienstleistung (VLAEH) zum Berufsschullehrerverband Niedersachsen (BLV Niedersachsen) wurden die Übergangsvorstände beider Teilverbände abgelöst.

Heinz Ameskamp bedankt sich mit Blumen bei Anne Steinfeld-Müller, mehrjährige VLAEH-Landesvorsitzende, und Renate Huuck, VLAEH-Geschäftsführerin, sowie bei Petrina Schröder als stellvertretende BLBS-Landesvorsitzende. Während Renate Huuck und Petrina Schröder sich aus der Vorstandsarbeit zurückziehen, wird Anne Steinfeld-Müller die Landes-Vorstandsarbeit des BLV Niedersachsen weiterhin als Schriftführerin mitgestalten.

„Ich freue mich über den gelungenen Start des BLV Niedersachsen“, sagte Anne Steinfeld-Müller. „Schon in den ersten Wochen ist erkennbar, dass unser Verband von der Öffentlichkeit und den Medien stärker wahrgenommen wird. Die Fachbereiche, die bisher vom VLAEH vertreten wurden, haben mit den Vorstandsmitgliedern Gabriele Droste-Kühling, Klaus Anderson und Dr. Gerd Over als Beisitzer engagierte Vertreter. Ich wünsche dem BLV Nie-



V. l. n. r.: Anne Steinfeld-Müller, Heinz Ameskamp, Renate Huuck.

sachsen für die Zukunft viel Erfolg bei seiner Interessenvertretung. Dabei ist auch die Fortführung der bewährten kooperativen Zusammenarbeit mit dem VLWN im BVN zu begrüßen.“

Gabriele Matzke-Luwig

In eigener Sache:

Schwerpunkthemen der Landesverbandsarbeit

Woran arbeitet der Landesvorstand unter anderem momentan?

Der BLVN-Landesvorstand möchte Sie an dieser Stelle regelmäßig über die Schwerpunkte seiner Arbeit unterrichten. Dadurch soll den Mitgliedern unseres Verbandes die Arbeit transparenter gemacht werden. Auskünfte zu den einzelnen Themen erteilt Ihnen gerne der Landesvorstand; sprechen Sie uns an!

- › Der am 3. Juli 2010 amtlich eingetragene Berufsschullehrerverband BLVN muss in allen Gremien und auf allen Organisationsebenen endgültig aufgestellt werden. Daran arbeitet der Landesvorstand zusammen mit den Bezirksvorständen mit Hochdruck.
- › Die Umsetzung des am 12. November 2010 im Landtag verabschiedeten neuen NSchG in den berufsbildenden Schulen ab dem 1. Januar 2011 ist eines unserer zentralen Anliegen. Zum Gesetz konnte der BLVN an vielen Stellen entscheidenden Einfluss im Sinne unserer Vorstellungen zur beruflichen Bildung nehmen. Der BLVN entwickelt weiterhin zur Begleitung des Umsetzungsprozesses und zur Unterstützung der Schulen bei der Vorbereitung auf die Übernahme der neuen Aufgaben eigene Positionen, insbesondere bei der Übertragung der vollständigen Personalkostenbewirtschaftung. Nachfolgende Erlasse bzw. Verordnungen zur Umsetzung des Gesetzes werden von uns kritisch-konstruktiv begleitet.
- › Der Ausbau und die Stärkung vorhandener und der Aufbau von neuen Arbeitskreisen innerhalb unseres Verbandes zur Unterstützung und Stärkung der Arbeit an den Schulen und zu einem verstärkten Erfahrungsaustausch zwischen den Beteiligten auf verschiedenen Ebenen, zum Beispiel Koordinatoren, Stundenplanern, Statistikverantwortlichen oder Schulleitern, ist von uns in Angriff genommen worden.
- › Der Landesvorstand ist seit längerer Zeit erfolgreich in Gesprächen auf verschiedenen Ebenen bezüglich Überlegungen und Vorschlägen zu einer Weiterqualifizierung von LfFP für den Fachtheorieunterricht. Rechtliche und finanzielle Hürden gestaltetes dieses Anliegen schwierig. Der BLVN hat mit dem MK ein Konzept erwirkt, das zwar nicht unseren Vorstellungen in der ganzen Breite entspricht, aber als der kleinste gemeinsame Nenner einer Lösung angesehen werden kann. Die Ausbildung wird im Frühjahr 2011 anlaufen.
- › Die gleiche Problematik konnte auch für die Qualifikation von Fachhochschulabsolventen für das Lehramt an beruflichen Schulen zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht werden. Dabei legte der BLVN stets besonderen Wert auf den Status „Masterabschluss“ als Voraussetzung für das Berufsschullehramt, sowohl bei den LfFP- als auch bei den FHS-Absolventen.
- › Auch der zukünftige Einsatz der für uns wichtigen Lehrergruppe der LfFP ist dabei Gesprächsthema, insbesondere der Einsatz

und die Bedingungen im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit mit den allgemeinbildenden Schulen. Wir werden unsere Mitglieder über Ergebnisse oder Tendenzen zeitnah unterrichten.

Die Weiterentwicklung des BVN unter der neuen Konstellation der Berufsschullehrerverbände BLVN / VLWN ab dem Jahr 2010 steht kurz vor einem erfolgreichen Abschluss. Entwürfe für einen BVN-Vertrag und eine geänderte BVN-Geschäftsordnung werden im November den Hauptvorständen beider Verbände zur Entscheidung vorgelegt. Wir hoffen, zum Jahresende Einvernehmen zwischen dem BLVN und dem VLWN herzustellen, um ab 2011 auf vertraglicher Basis arbeiten zu können. Dabei sind nach wie vor im VLWN starke Widerstände gegen die Namensgebung und die damit verbundene vermeintliche Anlehnung an den BVN (Berufsschullehrerverbände Niedersachsen) zu überwinden. Zurzeit arbeitet der BVN auf der Basis der früheren Vereinbarungen weiter.

Die Unterrichtsversorgung und der Lehrernachwuchs an den berufsbildenden Schulen, insbesondere in den Mängelfächern, sind für den BLVN ein wesentliches Thema. Eigene BLVN-Positionen werden dazu entwickelt und Gespräche mit dem MK, mit den Universitäten und den Studienseminaren geführt. Die LBS-Studenten an den Hochschulen werden von unserem Verband zu Gesprächen eingeladen und umfassend durch Vorstandsmitglieder informiert.

Norbert Boese
BLVN-Landesvorstand

Aus den Ortsverbänden

Vorstellung

Unser neues Mitglied im Schulbezirkpersonal bei der Landes-schulbehörde am Standort Osnabrück stellt sich vor:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

einige haben mich inzwischen kennen gelernt, andere haben immerhin den Wechsel mitbekommen, ich bin also die „Neue“ im Schulbezirkpersonalrat. Seit dem 1. Februar arbeite ich gemeinsam mit Hermann Schmidt als Ihre/Eure BVN-Vertretung in Osnabrück.

Die vergangenen Wochen habe ich genutzt, um mich in die Abläufe der Behörde einzuarbeiten und die Ansprechpartner kennen zu lernen. Die Beratungs- und Unterstützungsarbeit erweist sich als die Hauptaufgabe; ich hoffe, zu einer wirkungsvollen Vertretung der Kolleginnen und Kollegen an den Schulen beitragen zu können.

An dieser Stelle eine kurze Vorstellung meiner Person:

Ich bin 52 Jahre alt, wohne und arbeite in Nordhorn, bin mit einem Niederländer verheiratet, wir haben drei Kinder. Erste berufliche Erfahrungen sammelte ich als Landjugendberaterin an der

Landwirtschaftskammer in Oldenburg. Seit 1985 bin ich als Lehrerin für Fachpraxis tätig, ich unterrichte den Fachbereich Hauswirtschaft und Pflege in unterschiedlichen Schulformen.

Seit 2005 leite ich den Schulpersonalrat an der HBS Nordhorn. In den vergangenen fünf Jahren hat sich die berufsbildende Schule gravierend verändert, dieser Prozess ist, wie wir alle wissen, noch nicht abgeschlossen. Auch die Personalratsarbeit ist diesem Wandel unterzogen, wir werden gemeinsam nach Möglichkeiten der vertrauensvollen Zusammenarbeit in den Schulen suchen müssen. In diesem Sinne freue ich mich auf einen regen Gedankenaustausch mit den Personalräten sowie den einzelnen Kolleginnen und Kollegen.



Mit kollegialen Grüßen

Berta Mensen-Weering, Lehrerin für Fachpraxis
Zur Grenze 44, 48592 Nordhorn, Tel. 05921.76489
Weering@gmx.de

VLAEH-Bezirk Osnabrück-Emsland zu Gast in der Artland Brauerei Hof Renze



Elmar Wiemers erklärt den Berufsschullehrern den Prozess der Bierherstellung.

Seit drei Jahren besteht die Artland Brauerei auf dem Hof Renze in Nortrup-Suttrup bei Bersenbrück. Der Diplom-Braumeister und Chef Elmar Wiemers erläuterte den Mitgliedern des VLAEH im Bezirk Osnabrück-Emsland in informativer und humorvoller Weise die Herstellung des Bieres. Das Produkt sei gut bekömmlich und förderlich für die Gesundheit. Es könne lediglich bei „anwendungsbedingten Fehlern“ unliebsame Nebenwirkungen haben. Bei der Verkostung zeigten sich die Besucher sowohl vom leicht herben „Artländer Pilsener“ als auch vom „Artländer Nox“, einem mild-süffigen dunklen Bier angetan. Großen Anklang fand auch das hauseigene Treberbrot mit einem pikanten Dip, das die Seniorchefin Maria Renze, Technische Lehrerin und schon seit 40 Jahren Mitglied im VLAEH, für ihre Berufskollegen angerich-

tet hatte. Frau Dorothee Renze-Wiemer stellte eingangs die 550 Jahre lange Geschichte des Vierseithofes Renze vor und zeigte wie aus der ehemaligen Wagenremise das Sudhaus und aus der Strohscheune der Gärkeller und aus dem Viehstall das Bierlager wurden. Der Bezirksvorsitzende Dr. Gerhard Over (Meppen) freute sich über die rege Teilnahme und begrüßte vor allem den Landesvorsitzenden Heinz Ameskamp aus Lönningen und das neue Mitglied im Schulbezirkspersonalrat bei der Landesschulbehörde Osnabrück Berta Mensen-Weering aus Nordhorn. Herr Ameskamp berichtete, dass die Verschmelzung von VLAEH und

BLBS zum BLVN kurz bevor steht. Außerdem ging er auf die derzeitigen Schwerpunkte der berufsständischen Arbeit ein. Dabei stellte er Verbesserungen in der Anwendung der Arbeitszeitverordnung für die berufsbildenden Schulen in Aussicht. Frau Mensen-Weering bot den Lehrkräften Hilfen für individuelle Fälle als auch für gesamte Kollegien an. Die nächste Informationsveranstaltung des VLAEH Osnabrück-Emsland findet am 21. April 2011 beim Deutschen Institut für Lebensmitteltechnik in Quakenbrück statt. Eine Anmeldung ist noch möglich.

Gerd Over

Informationen für Frauen

„Gleich-Ungleich-Gerecht?!“ – Neue Perspektiven für mehr Chancengleichheit im Berufsleben

Bericht vom 10. dbb Bundesfrauenkongress in Potsdam

Cirka 500 weibliche Delegierte der dbb Fachgewerkschaften und Landesbünde nahmen vom 4. bis zum 5. Juni in Potsdam die Gelegenheit wahr, aktiv an der dbb Frauenpolitik mitzuarbeiten. Diesmal konnte ich als eine der stellvertretenden Vorsitzenden der Landesfrauenvertretung des nbb Niedersachsens an dem Kongress teilnehmen. Als herausragend würde ich den Festvortrag von Frau Prof. Jutta Allmendinger, Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) mit dem Titel „99 Luftballons auf ihrem Weg zum Horizont – Die Perspektiven junger Frauen von heute“. Der Vortrag befasste sich mit der Fragestellung, wie das Leben von Frauen und Männern in Institutionen geprägt wird und welche Verflechtungen die Lebensläufe von

Frauen und Männern in Familie und ihre privaten Beziehungen aufweisen. In fünf Arbeitsgruppen mit Themen wie zum Beispiel „Vereinbarkeit von Familie, Erwerbstätigkeit und Beruf“, „Gleichstellungspolitik“ oder „Besoldung und Tarifpolitik“ und so weiter wurde die Agenda der Bundesfrauenvertretung für die kommenden Jahre festgelegt. Helene Wildfeuer, Bundesvorsitzende der dbb Bundesfrauenvertretung, machte immer wieder sehr deutlich, dass Frauen als Arbeitskräfte ein nicht zu verschenkendes Potenzial sowohl für die Wirtschaft als auch für den öffentlichen Dienst bedeuten. Alles in allem ein Kongress, der ein unübersehbares Zeichen innerhalb der Frauenpolitik setzte.

Marion Weilke-Gause

Frauen in Führungspositionen?

Nur 23 Prozent Frauen in Führungspositionen im Öffentlichen Dienst

Eine Studie des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Statistischen Bundesamtes vom September 2009 mit dem Titel „Der Verdienstunterschied von Frauen und Männern im Öffentlichen Bereich und in der Privatwirtschaft“ befasst sich mit der permanenten Ungleichbehandlung von Frauen im Erwerbsleben. Mit Hilfe des Projektes sollen Strategien entwickelt werden, die die Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern herstellen.

Bisher sind, laut Helene Wildfeuer, Bundesvorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, noch keine Konsequenzen auf diesen Bericht gefolgt, die der geschlechterspezifischen Entgeltdifferenz von 7 Prozent entgegenwirken.

Wen wundert das. Frauen sind immer noch das Stiefkind des Öffentlichen Dienstes. Flexible Arbeitszeitmodelle, Teilzeitarbeit mit moderaten Aufstiegschancen und ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, wie sie zum Beispiel in Schweden schon

üblich sind, bleiben in Deutschland Utopien. Die Beförderungsroutine im Öffentlichen Dienst zeigt immer noch diskriminierende Züge, denn „Familienzeiten sind auch im Öffentlichen Dienst der Karrierekiller Nummer eins“, meint Helene Wildfeuer. Schade eigentlich. Denn Teilzeitarbeit darf kein Hindernis beim beruflichen Fortkommen sein. Teilzeitarbeit, die jedoch immer noch überwiegend von Frauen aus familiären Gründen geleistet wird, sollte endlich die angemessene Anerkennung erlangen. Ein beruflicher Aufstieg sollte nicht primär an Vollzeitarbeitsplätze gebunden sein. Folgende Fragen sollten deshalb stetig verfolgt werden: Wie können mehr Frauen in Führungspositionen gebracht werden? Welche Maßnahmen sind sinnvoll, um die noch immer bestehenden Verdienstunterschiede zwischen den Geschlechtern aufzuheben? Zwei wichtige Fragen, die die Zielsetzung meiner Arbeit beinhalten.

Marion Weilke-Gause

Senioren im Berufsschullehrerverband organisieren sich

Jahrestreffen der Bezirksreferenten für Ruheständler

Fotos: Susewind



Jahrestreffen der Bezirksreferenten für Ruheständler, v.l.: Frank Bierbaum, Dietmar Rudel, Klaus Franke, Peter Bahr, Heinz Ameskamp, Ludwig Most, Hermann Klafke.

Zu ihrem diesjährigen Informations- und Meinungsaustausch trafen sich die Bezirksreferenten der Ruheständler im neu zusammengeschlossenen Berufsschullehrerverband Niedersachsen (BLVN). Zu diesem ersten Jahrestreffen nach dem Zusammenschluss der beiden Lehrerverbände hatten Peter Bahr und Ludwig Most, BLVN-Landesreferenten für Ruheständler, nach Hannover eingeladen.

Die Pensionäre nehmen zu. Dass das Leben als Ruheständler aber auch viele neue Fragen mit sich bringt, darauf verwies Gerhard Zieseniß in seinem Gastvortrag. So informierte der Stellvertretende Landesvorsitzende des Bundes der Ruheständler und Hinterbliebenen (BRH) unter anderem über Einzelheiten im Erbrecht wie Erbvertrag, Pflichtteil, ehelicher Güterstand, Steuern und so weiter.

In der Sitzung wurde noch einmal betont: Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen werden als Mitglieder im BLVN nach der aktiven Dienstzeit und auch in der Vorbereitung auf den Ruhestand durch Referenten der derzeit bestehenden acht Bezirke betreut. Dazu verwies Peter Bahr auf den von ihm monatlich zusammengestellten Rundbrief, der den Bezirksreferenten zur weiteren Ver-

wendung zugeht. Jedoch laufe die Verarbeitung und Weiterleitung dieser und anderer Informationen für die Ortsvereine in der Übergangsphase derzeit noch nicht optimal. Hier bot Ludwig Most an, die Mitgliederdateien der vormals zwei Verbände zu aktualisieren und zusammenzuführen. Ein weiterer Punkt: Wünsche der Ruheständler, was ist ihnen wichtig?

Eine ebenfalls vom Referenten erwähnte Zweitmitgliedschaft im BRH wurde angesprochen. Denn dort können auch die Lebenspartner von Kollegen Vollmitglieder sein und sind als solche mit-versichert – zum Beispiel in einer Freizeit- Unfallversicherung.

BLVN-Landesvorsitzender Heinz Ameskamp wünschte ein gutes Gelingen beim Zusammengehen beider Pensionärsgruppen der vormals zwei Verbände und sprach von einer gegenseitigen Bereicherung. Im Schulbetrieb habe man derzeit allerhand zu tun mit der Umwandlung der über 130 berufsbildenden Schulen Niedersachsens zu Regionalen Kompetenzzentren nach dem Muster der 19 „ProReKo“-Modellschulen.

Friedrich Susewind



„Alles geregelt?“ Gastvortrag von Gerhard Zieseniß (M.). V.l.: Dietmar Rudel, Klaus Franke, Peter Bahr, Ludwig Most, Hermann Klafke, Magdalene Brandsmeier, Rudi Knop, Reinhard Knüppel.

Pensionärsbetreuung im VLAEH 1966 bis 2010

Anlässlich des 60-jährigen Gründungsjubiläums des VLAEH hielt unser Ehrenmitglied, der langjährige Pensionärsbetreuer auf Landes- und Bezirksebene Gerhard Spaltner einen Vortrag zum 44-jährigen Bestehen der Pensionärsgruppe des VLAEH. Viele Erinnerungen an die verdienstvolle Tätigkeit bekannter Persönlichkeiten unseres Verbandes wurden dabei wach. Im Folgenden geben wir den Vortrag gekürzt wieder:

Beim Landesverbandstag am 1. September 1966 in Goslar erhielt Friedrich Meiners, Ocholt, einer der damals jüngsten Pensionäre, von der Vertreterversammlung des VLAEH den Auftrag, die Pensionäre im Verband zu betreuen. Unter dem Leitspruch: „Keiner soll sich so einsam und verlassen fühlen, als gehöre er nicht mehr dazu“, verschickte er ein erstes Rundschreiben am 6. April 1967 an 32 Personen.

Sein Rundschreiben Nr. 2 im Juni ging schon an 45 Pensionäre. Erstmals eine Pensionärstagung wurde am 2. Februar 1971 in

Hannover durchgeführt. Die Resonanz war zwar gering, die Zahl der Pensionäre war aber inzwischen auf 69 angestiegen. Ein Anfang war gemacht.

1970 fasste die Bezirksvertreterversammlung des VLAEH einen Beschluss, wonach die so genannten runden Geburtstage (70, 75, 80 und so weiter) seitens des Verbandes bedacht und Ehrungen vorgenommen werden sollten. Hinweise zur Geschäftsführung der Gruppe Pensionäre wurden dazu erarbeitet und auch angewendet.

Eine schriftliche Geschäftsordnung gab es über viele Jahre nicht. Erst 1992 findet sich hierzu eine erste schriftliche Notiz. Dort heißt es unter Nr. 16: „Die Hinweise zur Geschäftsführung wurden, soweit sie die Bezirksverbände beziehungsweise den Landesverband des VLAEH tangieren, auf der Vertreter-Versammlung am 15. November 1986 bei zwei Stimmenthaltungen angenommen. Cloppenburg, Januar 1992, Unterschrift: Haker, Vorsitzender.“ Konkrete Planungen der einzelnen Bezirke mit genauen Termin- und Programmvorstellungen und zusätzlich eine nach Bezirken geordnete Anschriftenliste bekamen die Mitglieder erstmals im Mai/Juni 1973 vorgelegt. Eine zweite „Pensionärsverfassung“ wurde von der Bezirksvertreterversammlung des VLAEH am 13. März 2003 einstimmig angenommen. Sie endet mit: „Ganderkesee/Harpstedt, April 2003, Im Auftrage aller Pensionärsbetreuer/innen im Land und in den Bezirken: gez.: Gertrud Behrens, Vorsitzende, Gerhard Spaltner, Vorsitzender“.

Zurück zu den Anfängen:

1975 zählte die Gruppe Pensionäre 103 Mitglieder, am 1. Juni 1977 waren es bereits 153. Sie kamen aus den Bezirken: Aurich (3), Betreuer: Frau v. Toll; Hannover (43), Betreuer: Herr Pernsch; Hildesh./Braunschw. (23), Betreuer: Herr Zeyen; Lüneburg (25), Betreuer: Frau Mertinkat; Oldenburg (25), Betreuer: Frau Volke; Osnabrück/Emsland (26), Betreuer: Herr Lampen; Stade (8), Betreuer: Herr Meyer-Ulex.

Aus Alters- und Familiengründen musste „Fiti“ Meiners am 12. Dezember 1978 seine Arbeit endgültig abgeben. Zusammen mit Herrn Thoben, der ihn die letzten Jahre tatkräftig unterstützt hatte, verabschiedete ihn feierlich seine Vize-Vorsitzende, Frau von Bassewitz. Bei der nächsten Jahrestagung des VLAEH wurde ihm die Ehrenmitgliedschaft verliehen. Am 1. August 1994 starb er im Alter von 93 Jahren. Er wird als Pionier der Pensionärsbetreuung im VLAEH unvergessen bleiben. Herr Pernsch übernahm vorübergehend seine Aufgaben. 1979 wurde dann Wilhelm Meinert als Nachfolger gewählt. Frau von Bassewitz blieb zweite Vorsitzende bis zum 11. Juni 1981. Dann legte auch sie ihr Amt im Landesvorstand der Gruppe Pensionäre nieder. An ihre Stelle wurde Gerda Rafflenbeul als 2. Vorstandsmitglied gewählt. Mira von Bassewitz hatte von 1972 bis 1981 die Vorstandsarbeit in der Pensionärsbetreuung mitgetragen und wesentliche Akzente gesetzt, die sich in vielerlei Weise fruchtbar auswirkten. Mit Gerda Rafflenbeul schloss sich ein bemerkenswerter Kreis: Von 1949 bis 1971 hatte sie über zwei Jahrzehnte als stellvertretende Vorsitzende des VLAEH die Verbandsarbeit mitgetragen. Nun stellte sie sich in den Dienst der Pensionärsbetreuung. Karl Pernsch übernahm ab 1981 die Studienfahrten. Im Februar 1986 trat auch Wilhelm Meinert aus Altersgründen als Landesvorsitzender der Gruppe Pensionäre zurück. Ein Nachfolger wurde zunächst nicht gefunden.

Im Oktober 1986 gestaltete sich dann das ganze Pensionärs-Betreuerteam neu:

1. Landesvorsitzender wurde Richard Haker, seine Stellvertreterin Gerda Rafflenbeul (bis 23. September 1992).

Als Bezirksbetreuer fungierten für die Bezirke Aurich: Friederike Tjaden, Joachim Wehberg für Braunschweig (später Olb.): Elfriede Maskus, später Otto Bitter; für Hannover: Heinz Rauchfuß

(ab 1992 Gerhard Spaltner), dann Ilse Brinkhoff, ab 1989 Mechthild Ottermann; für Lüneburg: Lore Becker (bis ca. 1989), Ernst Martens (bis 1992), außerdem Gertrude Bartsch (ab circa 1990); für Oldenburg: Ruth Volke und bis zur Zusammenlegung mit Aurich dort Christa Dziedo; für Osnabrück/Emsland: ab circa 1990 Heinrich Joachimsmeier, anschließend Gerh. Silker und Maria Huser; für Stade: Sabine Franz, Gottfried Wild und ab 1. Januar 1987 Johannes Kröger.

Um in der Pensionärsbetreuungsarbeit Kontinuität zu gewährleisten, wurden die Hinweise zur Geschäftsführung der Gruppe Pensionäre neu gefasst und von der Vertreterversammlung des VLAEH beschlossen. Sie tragen das Datum vom Januar 1992. Richard Haker brachte auch das Mitgliederverzeichnis der Gruppe Pensionäre auf einen verlässlichen Stand. Dabei half ihm die damalige Geschäftsführerin des VLAEH Sigrid Kindler-Ziemann. Sie war in besonderer Weise mit der Gruppe Pensionäre verbunden und starb für alle überraschend am 13. August 2006.

Nach 10 Jahren aufopferungsvoller Arbeit bat dann 1995 auch Richard Haker wegen nachlassender Kräfte (und schwächer werdender Sehkraft), ihn von der Arbeit des 1. Landesvorsitzenden der Gruppe Pensionäre zu entbinden. Es muss gesagt werden: Richard Haker hat sich um die Pensionärsbetreuung in vielfacher Weise verdient gemacht. Er hat die Pensionärsbetreuung auf ein Fundament gestellt, das einfach als vorbildlich bezeichnet werden muss, er hat dem VLAEH Achtung und Anerkennung eingebracht. Bei seinem Abschied wurde von ihm eine Zusammenfassung der Pensionärsarbeit im VLAEH mit dem Titel „30 JAHRE GRUPPE PENSIONÄRE IM VLAEH NIEDERSACHSEN – EINE RÜCKSCHAU“ – vorgelegt. Sie ist eine Kostbarkeit für alle, die die Arbeit des VLAEH interessiert. Das Betreuersteam wählte Gerhard Spaltner zum Nachfolger. Für seine Verdienste wurde Richard Haker die Ehrenmitgliedschaft verliehen. Er starb am 5. Dezember 2000 im Alter von 79 Jahren.

Zur Jahreswende 1995/1996 erreichte die Pensionsgruppe im VLAEH mit 292 den höchsten Mitgliederstand, von da an ging sie kontinuierlich zurück. Für diese Entwicklung sind mehrere Gründe verantwortlich: Durch die Strukturveränderungen im ländlichen Raum und in den agrarischen Berufen waren die Schülerzahlen rückläufig, entsprechend weniger Lehrkräfte wurden gebraucht und eingestellt. Die Neigung der Lehrkräfte, sich zu organisieren, nahm parallel ab, entsprechend gab es weniger Pensionäre, weil der Abgang durch Tod stieg. Zudem erreichte die Gruppe der Pensionäre immer höhere Altersdurchschnitte, wodurch auch die Besetzung der Ämter zunehmend schwieriger wurde.

Der Mitgliederstand des VLAEH im Jahr 1996 (bis 2010, zum Zeitpunkt der Verschmelzung) sowie die zuständigen Betreuer und ihr Wechsel seien hier noch einmal aufgeführt:

Landesvorstand: 292 (212), 1. Vorsitzende/Vorsitzender: bis 2004/2005 Gerhard Spaltner, 2005 Alma Morgenstern, ab 2006 Elisabeth Rothe; 2. Vorsitzende/Vorsitzender: 1992 bis 2004 Gertrud Behrens, 2004 bis 2009 Gerhard Spaltner, ab 2009 Ludwig Most.

Bezirk Braunschweig: 31 (22), Otto Bitter/Christa Menzel (nur nominell), ab 2007/2008 unterstützt Wendelin Römert;

Bezirk Hannover: 61 (40), Gerhard Spaltner/Mechthild Ottermann, ab 2006 übernimmt Edeltraut von Hörsten die Geschäfte von Mechthild Ottermann;

Bezirk Lüneburg: 37 (31), Gertrude Bartsch. Am 22. November 2004 starb Gertrude Bartsch. Eine Nachfolgerin fand sich nicht. 2005 erklärte sich Friedrich Möller bereit, die Betreuungsarbeit wahrzunehmen. Auch er starb plötzlich am 14. Juli 2007. Von 2007 bis 2009 ruhte die Betreuungsarbeit. Seit 2009 nimmt Klaus Friedrich Schulze die Betreuung wahr.

Bezirk Oldenburg/Ostfr.: 77 (65), Walter Bühler mit Walter Hollwedel und Maria Sieverding, ab 2001 Rudi Knop als 1. Betreuer und seit 2009 Mechthild Rötepohl-Bahlmann als 2. Betreuerin;

Bezirk Osnabrück/Emsland: 59 (39), Gerhard Sielker/Maria Huser, seit 2001 Magdalene Brandsmeier und Almut Steinkamp als 2. Betreuerin;

Bezirk Stade: 26 (15), seit 1990 Dietmar Weritz, bis 2009 mit Unterstützung durch Wilhelm Dreher.

Besonders zu erwähnen sind wegen ihrer Bedeutung seit 1980 die VLAEH-Studienreisen für Pensionäre. Sie wurden von Karl Pernsch (†), Ernst Martens (†), Gertrude Bartsch (†), Gerhard Spaltner und Elisabeth Rothe organisiert und betreut und fanden/finde immer einen guten Zuspruch. Die Teilnehmerzahlen lagen zwischen 20 und 45, für 2010 lagen 30 Anmeldungen vor.

Zunächst wurden als Ziele deutsche Nachbarstaaten besucht. Als das Durchschnittsalter der Pensionäre zunahm, bevorzugten wir

deutsche Gebiete und Städte. Nach der Wiedervereinigung wurden die Gebiete der ehemaligen DDR vorrangig erschlossen. Diese Reisen haben für die Pensionäre einen besonderen Wert: Sie sind detailliert ausgearbeitet, das Reiseziel für das folgende Jahr wird am Ende der zurückliegenden Reise von allen Teilnehmern ausgewählt und nach der Ausarbeitung vorgestellt. An Ideen und Vorschlägen mangelt es bis heute nicht. 2010 führte uns die Studienreise nach Trier und zu den „Sternen der Region Mosel–Eifel–Hunsrück–Luxemburg“.

Wir Pensionäre bemühen uns, den Veranstaltungen der Pensionäre immer besonderen Inhalt zu geben. Als Leitspruch gilt „Miteinander – Füreinander“. Die gegenseitige Rücksichtnahme hat einen hohen Stellenwert. Ein weiterer Leitspruch mag folgende Empfehlung von Friedensreich Hundertwasser sein: „Solange unser Leben währt, sollen wir es mit den uns eigenen Farben der Liebe und Hoffnung malen.“

Gerhard Spaltner

Treffen der Pensionärinnen und Pensionäre Bezirke Hannover/Braunschweig

Bericht über das Treffen am 22. April 2010 in Hildesheim

Hildesheim bot sich als Treffpunkt unserer traditionellen Frühjahrstagung aus ganz besonderem Anlass an: Die St. Michaeliskirche feierte den 1.000. Geburtstag ihrer Grundsteinlegung durch Bischof Bernward. Die Medien berichteten ausführlich über den Festakt am 15. Januar, an der Bundespräsident Horst Köhler teilnahm.

20 Ruheständler/innen, drei davon aus dem Bezirk Braunschweig, fanden sich im „Hotel Bürgermeisterkapelle“ ein, darunter Frau Huuck als Vertreterin der VLAEH-Geschäftsstelle.

Zunächst referierte Herr Bitter über die Ereignisse, Entwicklungen und Probleme des Bezirkes Braunschweig, in dem 23 Pensionärinnen und Pensionäre leben. Unbefriedigend ist die augenblickliche Pensionärsbetreuer-Situation, weil Herr Bittner aus Altersgründen nur noch als „Postverteiler“ im Bezirk tätig sein kann. Herr Römert, der sich während der letzten Jahre engagiert einsetzte, ist dazu nach seinem Umzug an die Ostsee nur noch begrenzt einsatzfähig. Im Bezirk wird daher dringend eine Pensionärin/ein Pensionär für die Seniorenbetreuung gesucht. Kontaktgespräche laufen und lassen auf ein positives Ergebnis hoffen.

Für den Bezirk Hannover blickte Herr Spaltner zunächst auf die Ereignisse und Mitgliederentwicklung des vergangenen Jahres zurück. 40 Pensionärinnen und Pensionäre werden zurzeit im Bezirk geführt. Von fünf Pensionärinnen und Pensionären, die teilweise aktiv im Verband gearbeitet hatten, mussten wir uns verabschieden. Herr Spaltner erinnerte an den Einsatz der Kolleginnen Frau Ottermann, Frau Pöppel und Frau Görg sowie an die Kollegen Herrn Klose und Herrn Wöstenkühler.

60 Jahre VLAEH galt es im Dezember 2009 zu feiern. Herr Spaltner blickte auf wesentliche Daten, Persönlichkeiten und Studienreisen zurück. Viele Erinnerungen wurden wieder aufgefrischt und kommentiert.

Die Neuordnung der Bezirke nach der Fusion von VLAEH und BLBS zum BLVN = Berufsschullehrerverband Niedersachsen und dazu die aktuellen Pensionärszahlen von BLBS (cirka 1.000) und VLAEH (cirka 217) stellte Frau von Hörsten vor. Nach der neuen Planung ist die Aufteilung des bisherigen Bezirkes Hannover in

die zwei Bezirke Hannover und Hannover-Süd vorgesehen. Äußerungen von Mitgliedern machten deutlich, dass sie sich zunächst im bisher gewohnten Rahmen weitertreffen möchten. Die Pensionäre warten ab, wie die Fusionsentwicklung von den Aktiven fortgeführt wird.

Gestärkt durch das Mittagessen und mit beginnendem Sonnenschein führte uns unsere kompetente Stadtführerin durch das historische Hildesheim: Marktplatz mit Rathaus, Knochenhauer Amtshaus und so weiter, Hoher Weg, wo der „umgestülpte Zuckerhut“, ein kuriose Fachwerkhaus, an historischem Platz zurzeit erbaut wird, das Kaiserhaus am Alten Markt. Dann erreichten wir die Michaeliskirche. Im Januar war sie nach mehrjähriger Sanierung feierlich eröffnet worden. Bischof Bernward legte im Jahr 1010 den Grundstein für die Kirche des Michaelisklosters. In diesem Jahr begeht die im Zweiten Weltkrieg schwer beschädigte und anschließend wieder aufgebaute Kirche ihr 1.000-jähriges Bestehen, das unter dem Motto „Gottes Engel weichen nie“ in einem 10-monatigem Festprogramm gefeiert wird. 1985 wurde Bernwards Kirche gemeinsam mit dem Hildesheimer Dom in die Weltkulturerbenliste der UNESCO aufgenommen.

Einen Bau von vollkommener Schönheit wollte Bischof Bernward erstellen lassen. Es ist ihm gelungen! Die dreischiffige Basilika besticht durch ihre Ausgewogenheit. Die drei – die Zahl der Trinität – bestimmt sowohl die Gliederung des Grundrisses als auch den Innenraum, so tragen neun Säulen die Emporen der Nord- und Südquerhäuser. Zurzeit der Domsanierung befindet sich die bronzene Bernwardsäule, die seit dem 19. Jh. im Dom steht, in der Michaeliskirche. Das Leben und die Taten Jesu zeigt die Säule in sich aufwärts windenden Bildern. Eine weitere Besonderheit ist die Holzdecke in St. Michael. Der Stammbaum Christi ist im Mittelschiff in einem romanischen Gemälde zu sehen.

Beeindruckt von dem Bau, der durch seine ideale Schönheit überwältigt, beendeten wir den Tag mit einem Cafebesuch. Ausführliche Gespräche über die Eindrücke des Tages und viele weitere Themen rundeten das Zusammensein ab.

Edeltraut von Hörsten

Konfliktberaterin

Referentin für Prävention und ganzheitliche Konfliktbewältigung bietet sachkompetente kollegiale Beratung für Lehrkräfte, die in berufsbildenden Schulen unterrichten, an.

Durch die weiter fortschreitende Umstrukturierung der berufsbildenden Schulen erleben viele Lehrkräfte diese als zusätzliche Belastung und sind dadurch gesundheitlich gefährdet.

Damit sich diese gesundheitliche Gefährdung durch Dauerstress nicht zu einem Krankheitsbild entwickeln kann, nimmt die Klärung von Konflikten einen immer größeren Raum im Arbeitsfeld – Berufsbildende Schulen – ein.

Meine Kompetenzen:

- 1. Pädagogik**
Langjährige Unterrichtserfahrung in einer BBS, Schulbuchautorin, Unterrichtsentwicklung
- 2. Kommunikation**
Empathievermögen – Vermittlung
- 3. Tiefenpsychologie**
*Ursache – Wirkungszusammenhänge erkennen
Entwickeln von Lösungsstrategien*

Bei Interesse wenden Sie sich an die Redaktion (Frau Matzke-Ludwig oder Frau Rüber).

Kommentar

Duale Berufsausbildung bleibt modern und zukunftsfest

Potenziale und Herausforderungen des Lernens in Schule und Betrieb

„Nie aufhören, nach besseren Lösungen zu suchen – und alle Mitarbeiter daran entscheidend beteiligen.“ War diese Einstellung früher vor allem ein Markenzeichen und Garant für die Qualität inhabergeführter Fachgeschäfte, so gilt dieses Motto verstärkt auch für die über 130 berufsbildenden Schulen in Niedersachsen. Denn diese werden ab dem kommenden Jahr in „regionalen Kompetenzzentren“ überführt. Grundlage ist das dann in Kraft getretene neue Schulgesetz. Dem vorausgegangen war ein Modellversuch mit 19 landesweit ausgewählten berufsbildenden Schulen. In diesem „Projekt Regionale Kompetenzzentren“ (ProReKo) wurde von 2003 bis 2007 die Organisation an diesen Schulen grundlegend verändert: So konnten dortige Schulleiter Lehrer einstellen, Beförderungen aussprechen und Verwaltungsleiter- sowie EDV-Systemadministratorstellen besetzen. Ein weiterer Punkt: die Verteilung des Budgets aus einem Schultopf statt der zwei Töpfe „Gehälter aus Landesmitteln“ und „Ausstattung der Schulen und so weiter vom Landkreis“.

Mehr Eigenständigkeit für Berufsschulen und Qualitätsmanagement (QM)

Seit etwa einem Jahrzehnt wird die Weiterentwicklung berufsbildender Schulen mit einer Qualitätsverbesserung in der Ausbildung in Verbindung gebracht. So räumte Niedersachsens vormaliger Kultusminister Bernd Busemann (CDU) seinen Berufsschulen insgesamt ein stärker eigenverantwortliches Handeln ein – verbunden mit der Verpflichtung, ab 2005 das aus der Wirtschaft bekannte und auf den Bildungsbereich übertragene Qualitätsmanagement – Modell der European Foundation for Quality Management (EFQM) einzuführen. Die notwendige Ausbildung der Lehrkräfte zu „Schulinspektoren“ übernahm landesweit Dipl.-Ing. Karl-Heinz Kotter, der als Consulting-Unternehmer an Bayerns Schulen gewirkt und zuvor im Qualitätswesen des GRUNDIG-Konzerns gearbeitet hatte. Die Kosten für EFQM wurden aus dem Lehrerfort- und -weiterbildungsbudget, das den Schulen zusteht, bestritten.

Nachdem sich in den vergangenen Jahren sämtliche berufsbildenden Schulen Niedersachsens einem ersten Bewertungsverfahren

unterzogen hatten, können sie sich heute landesweit auf eine erste differenzierte Beurteilung ihrer Qualität nach EFQM berufen. Allerdings gilt auch: Unabhängig davon waren und sind die berufsbildenden Schulen als duale Partner der Betriebe, die gut ausgebildete Fachkräfte benötigen, seit jeher gefordert, eine hohe Arbeitsqualität im eigenen Hause vorzuhalten. Dabei nimmt die Übertragung und Wahrnehmung einer größeren Eigenverantwortung für das berufspädagogische Handeln aller Akteure eine Schlüsselposition ein. So titelt die Zeitschrift „Die berufsbildende Schule“ bereits im Oktober 2008: „Mehr Eigenverantwortung für die beruflichen Schulen – führt das zu mehr Qualität?“

Aus diesem Artikel geht hervor, dass die Verantwortungsverlagerung dann kein Schlüssel für eine Qualitätssteigerung sein kann, wenn zum Beispiel die berufsbildenden Schulen immer öfter Qualitätsmängel auszubügeln haben, die an den allgemeinbildenden Schulen liegen. Im Klartext: Was nützen die besten Lernfeldkonzepte in den berufsbildenden Schulen, wenn die Schüler, bevor sie in die Berufsschule kommen, in den allgemeinbildenden Schulen und auch zuvor wenig an ökonomischer Bildung erfahren haben? Und zur frühkindlichen Bildung: Was spräche dagegen, wenn bereits im Kindergarten an den Fensterscheiben neben den Sonnenblumen auch Werkzeuge aufgemalt würden? Damit sollen jedoch keine Laubsägen nach unten durchgereicht werden, sondern es gilt die Reform-Formel: „Verstärkung der Zusammenarbeit aller in Erziehung und Bildung tätigen Akteure bei entsprechend angepassten Ressourcen.“

Die Frage nach dem Einsatz finanzieller Mittel in Schule und Betrieb

Ein Blick in die Ressourcenverteilung lässt erkennen, dass es nicht genügt, den Schulen in größerer Eigenverantwortung bloße Mittel zuzuweisen, in der Hoffnung, dass sich damit etwa eine Qualitätsverbesserung des Unterrichts zwangsläufig ergäbe. Zur effizienten Ressourcenanpassung fehlt in dieser Frage im öffentlichen Schulwesen der Länder übergreifend wohl ein geeignetes Evaluierungselement. Mit diesem könnte erreicht werden, dass Investitio-

nen in die Bildung nicht etwa im zunehmenden Verwaltungsaufwand an den Schulen versickern, sondern tatsächlich stärker im Klassenzimmer, dem zentralen Ort der Wertschöpfung von Schule, ankommen. Immerhin wird von den Ministerien in einigen Bundesländern inzwischen überlegt, inwieweit die Eigenverantwortung berufsbildender Schulen auch unter dem Gesichtspunkt der Ressourcenanpassung gestärkt werden kann, um diese auch stärker in die Verantwortung für ihre eigene Schulentwicklung einzubinden.

Dass Qualität sehr wohl mit Ressourcen zu tun hat, spüren nach der ersten Stufe der Föderalismusreform besonders jene Schulen in den ärmeren Bundesländern, die unter den gegebenen Arbeits- und Einkommensbedingungen derzeit kaum in der Lage sind, über attraktive Stellenangebote ihren Personalnachwuchs zu sichern. So breitet sich derzeit ein bunter Flickenteppich an Einstellungsbedingungen und -bedingungen für Berufsschullehrer aus. Um ein weiteres Auseinanderdriften der Bildungsqualität in den Bundesländern zu verhindern, bedürfte es einer Koordinierung auf Bundesebene. Auch der deutsche Industrie- und Handelskammertag hat Bund und Länder dieser Tage aufgefordert, beim Spitzentreffen der Regierungschefs die vorgesehenen Investitionen in die Bildung genauer zu konkretisieren.

Dies ist plausibel, denn Unternehmen sind bereits aus existenziellen Gründen gehalten, auf eine hohe Effizienz in der Ausbildung Wert zu legen. Verstärkt wird dieses Bemühen dadurch, dass in etlichen mittelständischen Betrieben die Kapitaldecke in wirtschaftlich schwierigen Zeiten dünn ist und sie mit ihrem „Humankapital“ im globalen Wettbewerb dagegen halten müssen. Mit ihren verschärften Kreditvergabebedingungen legen die Banken zusätzlich einen harten Maßstab an. Sie könnten hier insgesamt die wirtschaftliche Entwicklung in der Region über eine größere Mitverantwortung umfassender stärken. Wegweisend sind hier seit jeher die im Deutschen Sparkassen und Giroverband (DSGV) zusammengeschlossenen Kreditinstitute, die trotz eigenen Kostendrucks an ihrem Verhalten festhalten, den Mittelstand in der Region zu stärken – „wenn’s um Geld geht“. Schließlich hat Ex-Bundespräsident Horst Köhler diese Verantwortung immer wieder betont, als er noch Präsident des DSGV war.

Ausbildungsqualität und QM in der dualen Partnerschaft

Einen Schub zur Steigerung der Ausbildungsqualität gab es in vielen Betrieben und Unternehmen wohl Ende der 80er-Jahre. Dies war die Zeit, als sich diese über die DIN ISO 9000 Familie mit ihren Elementen des Qualitätsmanagements (QM) einer Überprüfung unterzogen und erfolgreich zertifizieren ließen. Eine weitere Verbesserung erhoffte man sich zehn Jahre später, als es mit dem überarbeiteten Regelwerk in einer weniger technologisch gefassten Sprache möglich wurde, dass Dienstleistungsunternehmen sich einer Überprüfung unterziehen konnten. Als „neue Qualität“ kam damals die Effizienz von Dienstleistungen in den Fokus, verbunden mit einer peniblen Erfassung kleinster Arbeits- und Kostenein-

heiten, wie sich dies zum Beispiel in den Pflege- und Heilberufen drastisch niedergeschlagen hat.

Der von der Niedersächsischen Schulinspektion kürzlich herausgegebene Bericht über die an EFQM-orientierte Qualitätsarbeit an niedersächsischen Berufsschulen bescheinigte diesen wegen ihrer anregenden, an der realen Wirtschaftswelt ausgerichteten Lernatmosphäre gute Noten. Es wurde aber auch Verbesserungspotenzial festgestellt – wie bei den Zielen und Strategien zur Weiterentwicklung von Schulqualität. Jedoch drang dieser Prozess meist nicht bis in das Klassenzimmer vor. Dies deshalb, weil der EFQM-Prozess noch zu wenig mit Zielvereinbarungen einhergeht. Auch wird der EFQM-Prozess zum Teil als aufwändige Arbeit angesehen, aus der sich bisher noch keine nennenswerten Verbesserungen für den Schulalltag ergeben hätten. Vielleicht wurde auch in diesem ersten QM-Durchlauf zuviel des Guten getan und in der ersten Euphorie noch fleißig hinter der zweiten Kommastelle weitergerechnet. In dem künftigen QM wird das Augenmerk wohl stärker auf das Kerngeschäft, die Unterrichtsqualität und die damit verbundene Lehrer-Schüler-Beziehung gelegt werden, um von dort aus sehr übersichtliche Rückschlüsse ziehen zu können. Dabei sollten aber unbedingt Grundsatzfragen wie Lehrerbildung, Arbeitsbedingungen in den Schulen und auch das, was QM im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung jenseits der Computerprogramme nicht zu leisten vermag, einbezogen werden.

Wie können kleine Betriebe im Handel und Handwerk, die oft sehr flexibel auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes zu reagieren haben und oft den vollen Umfang der Lerninhalte des Ausbildungsrahmenplanes nicht erfüllen können, dennoch eine hohe Ausbildungsqualität erreichen? Hier bietet sich eine Intensivierung der Verbundausbildung an, wie sie von den Industrie- und Handelskammern sowie den Handwerkskammern über Netzwerke unterstützt wird. Aber auch eine gestufte Ausbildung wäre in Kombination mit einer Art „Satellitenmodell“ über individuelle Qualifizierungsbausteine mit einem flexiblen Zeitkorridor ein Ansatz. Denn das Angebot an dualen Berufsausbildungsmöglichkeiten darf sich nicht im traditionellen Raster drei- und dreieinhalbjähriger Ausbildungsberufe erschöpfen. Weitere Potenziale liegen aktuell in einem Aufeinanderzugehen bei der Verzahnung von überbetrieblicher Lehrlingsunterweisung und Berufsschulunterricht. Bei all dem ist der Lernende das A und O, denn er muss in hohem Maße für gute Ergebnisse selber mitarbeiten. Deshalb sollte diese heute als „Selbstkompetenz“ bezeichnete Eigenschaft schon ab dem Kindesalter stärker vermittelt werden. Erfolgsgaranten sind der frühzeitige Kontakt zur realen Wirtschaftswelt sowie der weitere Ausbau von Kindertagesbetreuung. So wird die durchgängige berufliche Förderung und Forderung der Generation, die jetzt aufwächst, zunehmen – und die Verbesserung des Lernens viele Schritte in der Qualitätsentwicklung der dualen Ausbildung künftige bestimmen.

Friedrich Susewind

Wir informieren

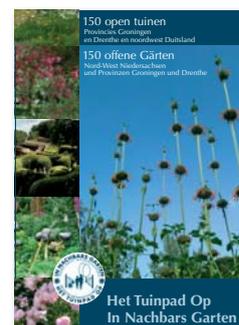
Gute Nachrichten für Gartenliebhaber

In diesem Jahr ist der Gartenführer der deutsch-niederländischen Stiftung „Het Tuinpad Op/In Nachbars Garten“ in der 19. Auflage erschienen. Das reichlich bebilderte Buch enthält eine Beschreibung von 150 sehenswerten Gärten und Parks in den niederländischen Provinzen Groningen und Drenthe sowie Nordwest-Niedersachsen. Bei den meisten Gärten handelt es sich um außergewöhnliche Gärten, die in privater Hand sind. Voraussetzung für die Aufnahme in den Führer ist, dass die Gärten erfolgreich aus einer Qualitätsüber-

prüfung durch die „Tuinencommissie“ der Stiftung hervorgegangen sind. Der Führer kann über die Website www.innachbarsgarten.de für 6,50 Euro (plus Versandkosten) bezogen werden. Die Verteilung erfolgt in Deutschland auch über:

NABU Emsland/Grafschaft Bentheim,
Haselünner Str. 15, 49716 Meppen,
Tel. 05931.4099630, Fax. 05931.4099975,
NABU.EL-NOH@t-online.de.

Gerd Over



Persönliches

Die Redaktion bittet die Mitglieder, deren Namen nicht bei den Geburtstagen genannt werden sollen, dieses in der Geschäftsstelle des BLVN anzumelden (Kontaktdata: siehe Impressum).

Wir gratulieren (2. Quartal 2010)

Nachname	Vorname	Ortsverband	Geburtsdatum	Nachname	Vorname	Ortsverband	Geburtsdatum
60 Jahre				85 Jahre			
Niemöller	Edith	Friesoythe	19. 4. 1950	Sextroh	Gisela	P Oldenburg	6. 4. 1925
Schulte-Wülwer	Anita	Cloppenburg A	6. 5. 1950	Hegge	Heinrich	P Osnabrück	21. 5. 1925
Germann	Hildegard	Friesoythe	20. 5. 1950	86 Jahre			
Burmester-Müller	Marianne	Uelzen	15. 6. 1950	Petersen	Klaus	P Hannover	12. 4. 1924
Eilers	Maria	Friesoythe	22. 6. 1950	Ahrens	Ewald	P Osnabrück	11.05.1924
65 Jahre				88 Jahre			
Kannenberg	Irene	P Osnabrück	24. 4. 1945	Stefanowski	Lotte	P Stade	5. 6. 1922
Müller	Siegfried	Vechta	13. 5. 1945	Ermel	Christa	P Stade	27. 6. 1922
70 Jahre				89 Jahre			
Tensing	Anton	P Osnabrück	20. 6. 1940	Isenbeck	Johanna	P Osnabrück	18. 5. 1921
Spining	John	Cuxhaven	26. 6. 1940	91 Jahre			
75 Jahre				Hein	Heino	Jever	30. 5. 1919
Steinkamp	Almut	P Osnabrück	4. 4. 1935	93 Jahre			
80 Jahre				Tolkmitt	Dorothea	P Braunschweig	8. 4. 1917
Sieling	Ursula	P Hannover	5. 4. 1930	Schulz	Ilse	P Braunschweig	10. 6. 1917
Sibbel	Joseph	P Oldenburg	25. 4. 1930	95 Jahre			
Tonne	Hanna	P Hannover	29. 6. 1930	Kindervater	Editha	P Lüneburg	16. 5. 1915
81 Jahre				96 Jahre			
Spaltner	Gerhard	P Hannover	6. 5. 1929	Mühlbach	Curt	P Hannover	21. 5. 1914
Hollwege	Walter	P Oldenburg	31. 5. 1929				
84 Jahre							
Trede	Hans-Werner	P Stade	29. 6. 1926				

Wir gratulieren (3. Quartal 2010)

Nachname	Vorname	Ortsverband	Geburtsdatum	Nachname	Vorname	Ortsverband	Geburtsdatum
60 Jahre				Sittel	Ursula	P Lüneburg	27. 8. 1927
Beylage-Haarmann	Hedwig	Cloppenburg A	7. 7. 1950	Bohne	Ludwig	P Oldenburg	8. 9. 1927
Sölter	Klaus	Northeim	10. 7. 1950	84 Jahre			
Bleckwenn	Rudolf	Cadenberge	26. 7. 1950	Mannel	Vitus	P Osnabrück	3. 8. 1926
Norden	Elsa	Walsrode	18. 8. 1950	Middelbeck	Josefa	P Oldenburg	27. 8. 1926
Kamprolf	Margret	Nordhorn	19. 8. 1950	Ziebs	Manfred	P Osnabrück	31. 8. 1926
Basedau	Margrit	Uelzen	26. 9. 1950	85 Jahre			
65 Jahre				Kurtzahn	Helmut	P Oldenburg	6. 9. 1925
Flögel	Johann-Bernhard	Nienburg	6. 8. 1945	86 Jahre			
70 Jahre				Tilsner	Ingeborg	P Ostfriesland	10. 7. 1924
Huuck	Renate	P Hannover	15. 9. 1940	Jastrow	Ursula	P Oldenburg	20. 8. 1924
75 Jahre				Behre	Edlef	P Hannover	11. 9. 1924
Wittkop	Jürgen	P Lüneburg	16. 8. 1935	87 Jahre			
80 Jahre				Suchan	Bernhard	P Lüneburg	27. 7. 1923
Boekhoff	Hans	P Ostfriesland	16. 7. 1930	88 Jahre			
Schoo	Hadmunde	P Osnabrück	24. 8. 1930	Rudkowski	Richard	P Lüneburg	21. 8. 1922
Vollprecht	Maria	P Osnabrück	14. 9. 1930	90 Jahre			
81 Jahre				Franz	Sabine	P Stade	5. 9. 1920
Freinatis	Hans-Joachim	P Osnabrück	6. 7. 1929	91 Jahre			
Frahm	Bodo	P Hannover-Süd	14. 7. 1929	Ellermann	Else	P Osnabrück	6. 7. 1919
Siemer, kl.	Clemens	P Oldenburg	22. 9. 1929	Fischer	Käthe	P Osnabrück	13. 9. 1919
82 Jahre				93 Jahre			
Ziegler	Martin	P Lüneburg	18. 8. 1928	Mertens	Gertrud	P Oldenburg	12. 9. 1917
83 Jahre				Wolpers	Irmengard	P Hannover	14. 9. 1917
Grosse	Richard	P Hannover-Süd	5. 7. 1927				
Camin	Ilse	P Stade	13. 7. 1927				
Seyen	Wilhelm	P Oldenburg	14. 7. 1927				
Neetzel	Wilfried	P Oldenburg	5. 8. 1927				

Wir gratulieren (4. Quartal 2010)

Nachname	Vorname	Ortsverband	Geburtsdatum	Nachname	Vorname	Ortsverband	Geburtsdatum
60 Jahre				Buttenborg	Cläre	Verden	31. 10. 1928
Kemner	Karla	Osnabrück-Melle	9. 10. 1950	Janßen	Hugo	Wesermarsch	8. 11. 1928
Oetjen	Kurt	Wilhelmshaven	12. 10. 1950	Knopf	Helmut	Wolfenbüttel	18. 11. 1928
Martin	Heinz	Jever	25. 10. 1950	Schmitte	Egon	Leer	18. 11. 1928
Höning	Hubert	Meppen A	3. 11. 1950	Richter	Jutta	P Braunschweig	11. 12. 1928
Binder	Gitta	Salzgitter	19. 11. 1950	83 Jahre			
Henning	Magdalene	Dannenberg	22. 11. 1950	Nieberg	Elisabeth	P Lüneburg	07. 10. 1927
Schuh	Klaus-Dieter	Hameln	28. 11. 1950	Selke	Joachim	P Oldenburg	13. 11. 1927
Meyer	Hans-Jochen	Uelzen	30. 11. 1950	Drnek	Josef	Hannover 2	14. 11. 1927
Müller	Detlef	Osnabrück-Westerberg	4. 12. 1950	Sakowsky	Charlotte	P Lüneburg	20. 12. 1927
Nitz	Annegret	Papenburg A	6. 12. 1950	84 Jahre			
Dörgeloh	Annelene	Wildeshausen	9. 12. 1950	Haake	Wilhelm	Diepholz	26. 11. 1926
Gundelach	Karl-Heinz	Springe	18. 12. 1950	Sievert	Reinhold	P Stade	22. 12. 1926
Kunze	Kurt	Braunschweig II	19. 12. 1950	85 Jahre			
Leggewie	Johannes	Alfeld	25. 12. 1950	Kaske	Kurt	P Braunschweig	17. 11. 1925
Thomsen	Volker	Wittmund	29. 12. 1950	86 Jahre			
65 Jahre				Grzech	Hildegard	Braunschweig II	09. 10. 1924
Storch	Karl	Cuxhaven	7. 10. 1945	Peschutter	Otilie	Hildesheim-Marienburg	13. 10.
Bürkle	Ernst	Hildesheim-Marienburg	9. 10. 1945	Windhaus	Paula	P Oldenburg	25. 10. 1924
Protsch	Erwin	Hannover 21	10. 10. 1945	Heckenthaler	Wilhelm	P Osnabrück	26. 12. 1924
Lecour	Bernhard	Dannenberg	23. 10. 1945	Pothhoff	Mechthild	Rinteln	28. 12. 1924
Wilmes	Marie-Luise	Meppen A	3. 11. 1945	87 Jahre			
Büttner	Wilhelm	Braunschweig II	5. 11. 1945	Hapel	Marianne	P Hannover	06. 10. 1923
Leineweber	Hans-Ulrich	Göttingen	17. 11. 1945	Rockel	Ursula	P Oldenburg	13. 10. 1923
Friedrich	Heinz	Hildesheim-Stadt	20. 11. 1945	Petersen	Lotte	Osterholz-Scharmbeck	10. 11. 1923
Koch	Reinhard	Hameln	14. 12. 1945	Brandt	Helmut	Wesermarsch	13. 11. 1923
70 Jahre				Hand	Gerhard	P Stade	08. 12. 1923
Appelt	Siegfried	Lüneburg	1. 10. 1940	Michael	Wilhelm	P Osnabrück	23. 12. 1923
Wobbel	Clemens	Meppen G	6. 10. 1940	88 Jahre			
Zietz	Peter	P Hannover	7. 10. 1940	Hartwig	Herbert	Rinteln	10. 10. 1922
Müller	Alfred	Göttingen	25. 10. 1940	Lüders	Gerhard	Hannover 3	05. 11. 1922
Müller	Johann	P Ostfriesland	26. 10. 1940	Bartner	Christa	P Oldenburg	31. 12. 1922
Kärcher	Friedhelm	Göttingen	29. 10. 1940	89 Jahre			
Grotjohann	Bernhard	Lingen G	29. 10. 1940	Schwerter	Alfons	P Oldenburg	11. 10. 1921
Gall	Elke	Uelzen	30. 10. 1940	Scholz	Hans-Joachim	P Osnabrück	14. 12. 1921
Lücke	Lothar	Stade	3. 11. 1940	90 Jahre			
Renken	Falko	Ammerland	8. 11. 1940	Schulze	Günter	Jever	25. 10. 1920
Lampe	Hermann	Meppen G	28. 11. 1940	Hexmann	Ursula	Ammerland	04. 11. 1920
Schulte	Franz-Josef	Meppen G	8. 12. 1940	Boldt	Gerhard	Diepholz	09. 12. 1920
Wegener	Kurt	Göttingen	11. 12. 1940	Matthias	Brunhilde	P Hannover	12. 12. 1920
Hoffmann	Dieter	Alfeld	14. 12. 1940	91 Jahre			
75 Jahre				Karsten	Eduard	P Stade	04. 10. 1919
Hachmüller	Otto	P Oldenburg	3. 10. 1935	Rüter	Friedrich	P Hannover	26. 10. 1919
Radek	Heinz-Werner	Göttingen	15. 10. 1935	Meckelburg	Hedwig	P Hannover	14. 11. 1919
Haseloh	Heinrich	Stadthagen	14. 11. 1935	Schartmann	Ida	P Osnabrück	15. 11. 1919
Kayser	Dorothea	P Lüneburg	28. 11. 1935	92 Jahre			
Kuntze	Dieter	Hameln	4. 12. 1935	Frickenheim	Ursula	Diepholz	18. 10. 1918
80 Jahre				93 Jahre			
Leeker	Wilhelm	Emden	28. 10. 1930	Rafflenbeul	Gerda	P Hannover	10. 12. 1917
Joest	Anna	P Osnabrück	29. 10. 1930	94 Jahre			
Prenzler	Hans-Georg	Hildesheim-Stadt	17. 11. 1930	Frickenheim	Friedrich	Diepholz	08. 10. 1916
Krentscher	Helmut	Holzminden	18. 12. 1930	Nitz	Ingeborg	P Oldenburg	06. 12. 1916
81 Jahre				Heukeroth	Gertrud	Hameln	11. 12. 1916
Baumann	Heinrich	Nordhorn	10. 10. 1929				
Luehmann	Franz	Nienburg	22. 10. 1929				
Metz	Heinz-Günther	Bad Harzburg	8. 12. 1929				
Nordmeyer	Walther	Neustadt	22. 12. 1929				
82 Jahre							
Hempelmann	Ingo	P Hannover	1. 10. 1928				
Vanhoefer	Joachim	P Oldenburg	14. 10. 1928				

Wir gedenken

Geburtsdatum	Verstorben	Nachname	Vorname	Bezirk	Ortsverband	Titel
15.06.1936	27.05.2010	Feye	Walter	Oldenburg	Wildeshausen	L.F. a.D.
11.08.1958	22.07.2010	Hensen	Josef	Osnabrück	Papenburg G	StR
30.07.1931	01.08.2010	Wilkening	Karl-Friedrich	Hannover-Süd	Stadthagen	StD a.D.
03.10.1907	01.08.2010	Broscheit	Edith	Hannover	Hannover 21	StD'in a.D.
17.04.1929	02.09.2010	Bock	Horst	Braunschweig	Wolfenbüttel	OSTR a.D.
24.02.1935	16.09.2010	Zimmek	Gerhard	Lüneburg	Lüneburg	L.f.F. a.D.

150 open tuinen

Provincies Groningen
en Drenthe en noordwest Duitsland

150 offene Gärten

Nord-West Niedersachsen
und Provinzen Groningen und Drenthe



Het Tuinpad Op In Nachbars Garten